

1. Theoretische Ziele und Ressourcen hochschulpolitischer Akteure

	Ziele	Ressourcen
Verbände und gesellschaftliche Interessengruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionelle Ziele (Selbsterhalt, eigener Einfluss) - Ideelle Ziele (Verbandsprogramme) - Materielle Ziele (Finanzierung: Spenden, Mitglieder) 	<ul style="list-style-type: none"> - Konfliktfähigkeit, - Organisationsfähigkeit/ Organisationsgrad - Öffentlichkeit (Wirkung auf Wähler) - Informationen
Parteien und parteipolitische Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionelle Ziele (Machtgewinn und Machterhalt/Wahlen, Stärkung von Entscheidungsebenen mit eigener Beteiligung/Dominanz) - Ideelle Ziele (Parteiprogramme) - Materielle Ziele (Finanzierung: Parteispenden, Mitglieder) 	<ul style="list-style-type: none"> - Mandate - Ämter - Finanzielle Ressourcen - Öffentlichkeit/Medien
Staatliche Institutionen	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionelle Ziele (Stärkung des Einflusses der eigenen Institution/Ebene) - Ideelle Ziele (Verfassung etc.) - Materielle Ziele (ausgeglichener/positiver Haushalt) 	<ul style="list-style-type: none"> - Formale Entscheidungsmacht/Verfassung - Informationen

2. Idealtypen der Entscheidungsfindung

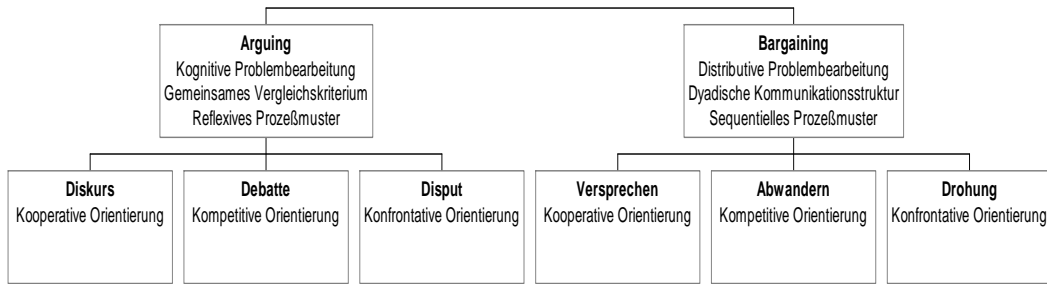
2.1 Hierarchie (in der Hochschulpolitik etwa bei Entscheidungen der Landesregierungen, Bedeutung nimmt ab)

Vorteile	Probleme
<ul style="list-style-type: none"> - geringe Kosten - schnelle klare Entscheidung 	<ul style="list-style-type: none"> - schnelle Revidierbarkeit (unzuverlässig) - unklar, wer entscheiden soll - Problem der Gemeinwohlorientierung des Entscheiders (wird von Public Choice angezweifelt) - unklare Legitimität, es bleibt daher oft ungewiss, ob Entscheidungen entsprechend dem Beschluss umgesetzt werden

2.2 Verhandlung/Konsens (in der Hochschulpolitik vor allem in der Kultusministerkonferenz, zudem (bisher) im Bereich der akademischen Selbstverwaltung – dort aber Tendenz zur Hierarchisierung – und bei Entscheidungen über Reformen in der deutschen Verhandlungsdemokratie)

Vorteile	Probleme
<ul style="list-style-type: none"> - absolute Legitimität, da sich niemand unterwerfen muss (entspricht zum Teil der Idee von Rousseau, Unterschied aus meiner Sicht, Konsens kann auch auf Verhandlungen beruhen, Rousseau schwebt aber Argumentieren vor) - gute Durchsetzbarkeit der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> - hohe Entscheidungskosten - Ungewissheit, ob überhaupt eine Entscheidung gefällt wird - geringe Innovationsfähigkeit - ungeeignet bei Umverteilungszielen (Coase-Theorem zeigt aber, dass die Ergebnisse – nicht die Verteilung – grundsätzlich der Hierarchie entsprechen können)

Argumentieren und Verhandeln im engeren Sinn Kommunikationsmodi



Eigene Übersicht auf Grundlage von Saretzki, Thomas 1996: *Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln?* In: Prittwitz, Volker von (Hrsg.): *Verhandeln und Argumentieren. Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik*. Opladen: Leske + Budrich, 19-39.

2.3 Mehrheit (in der Hochschulpolitik etwa bei Parlamentsentscheidungen – bisher in Deutschland relativ wenig bedeutsam)

Vorteile	Probleme
<ul style="list-style-type: none"> – meist klare Entscheidung – relativ gute Legitimation 	<ul style="list-style-type: none"> – strukturelle Minderheiten (erkennen das Prinzip nicht an) – fehlende Reversibilität von Entscheidungen (etwa in der Atomenergie) – Mehrheit bietet keine Garantie für eine <i>volonté générale</i> – außerdem muss immer geklärt werden: Wer ist das Volk/wer darf überhaupt abstimmen? Letztlich setzt diese Entscheidung stets Vorentscheidungen voraus – Mehrheit kann daher niemals der Ursprung von Gruppenentscheidungen sein, sondern nur Folge von Verhandlungsentscheidungen oder Hierarchie (nach Hobbes eben: Staat durch Einsetzung oder Staat durch Aneignung). – gilt auch z. B. bei Regierungen, die durch den Regierungschef zusammengestellt werden müssen, bevor dann ein Kabinett abstimmen kann. – Condorcet-Arrow-Paradox (siehe nachfolgende Tabelle)

Zur ungeklärten Konsistenz von Mehrheitsentscheidungen: Das Condorcet-Arrow-Paradox

Angenommene Präferenzen von drei Parteien (X, Y, Z) zu drei alternativen politischen Optionen (A, B, C)

	Erste Präferenz	Zweite Präferenz	Dritte Präferenz
Partei X	A	B	C
Partei Y	B	C	A
Partei Z	C	A	B

Abstimmungsergebnisse sind dann von der Reihenfolge der Abstimmungen abhängig:

- Zwischen A und B wird sich eine Mehrheit für A entscheiden (Parteien X und Z gegen Y)
- Zwischen B und C wird sich eine Mehrheit für B entscheiden (Parteien X und Y gegen Z)
- Zwischen A und C wird sich eine Mehrheit für C entscheiden (Parteien Y und Z gegen X)

Das Paradox besteht also darin, dass je nach Reihenfolge der Abstimmung und Verfahrensregel unter den angenommenen Voraussetzungen unklar ist, welche der drei Optionen die Option der Mehrheit ist.

2.4 Los (in der deutschen Hochschulpolitik bisher nicht relevant)

Vorteile	Probleme
<ul style="list-style-type: none"> – wirklich gleiche Beteiligungschancen aller (daher nicht das Problem der Unterdrückung von Minderheiten wie bei Abstimmung/Mehrheitsprinzip) 	<ul style="list-style-type: none"> – Risiko, extreme Minderheitspositionen zur Entscheidung zu bringen -> dann ist die Umsetzung sehr fraglich – allgemein geringe Legitimität in modernen Gesellschaften